

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Schummer, Albert Rupprecht (Weiden), Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Heiner Kamp, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Sylvia Canel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/10986 –

**Das deutsche Berufsbildungssystem – Versicherung gegen
Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Willi Brase, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/10116 –

Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Agnes Alpers, Nicole Gohlke, Dr. Rosemarie Hein, Dr. Petra Sitte und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/10856 –

**Perspektiven für 1,5 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss schaffen –
Ausbildung für alle garantieren**

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Brigitte Pothmer, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/9586 –

**Mit DualPlus mehr Jugendlichen und Betrieben die Teilnahme an der dualen
Ausbildung ermöglichen**

A. Problem

Zu Buchstabe a

Das deutsche Berufsbildungssystem ist ein wesentlicher Garant für die geringe Jugendarbeitslosigkeit und das Angebot qualifizierter Fachkräfte in Deutschland. Die demografische Entwicklung, mangelnde Ausbildungsreife eines Teils der Jugendlichen, wachsende Studierneigung und der drohende Fachkräftemangel stellen jedoch das deutsche Berufsbildungssystem vor wachsende Herausforderungen.

Zu Buchstabe b

Trotz der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland gelingt es nicht, durch Ausschöpfen aller Ausbildungspotenziale den aktuellen und zukünftigen Fachkräftebedarf zu sichern. Die Zahl der Menschen ohne Berufsabschluss unter 30 Jahren stagniert konstant auf 1,5 Millionen.

Zu Buchstabe c

In der Bundesrepublik Deutschland haben 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung, obwohl mehr als 80 Prozent einen Schulabschluss vorweisen und über eine halbe Million Menschen einen Realschulabschluss oder ein Abitur vorweisen können.

Zu Buchstabe d

Trotz der erfreulich niedrigen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland haben 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren keinen Berufsabschluss und befinden sich über 300 000 Jugendliche im sogenannten Übergangssektor zwischen allgemeinbildender Schule und Ausbildung.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und Sozialpartnern das deutsche Bildungssystem mit geeigneten Programmen und Maßnahmen an die wachsenden Herausforderungen der demografischen Entwicklung, des Arbeitsmarktes und der Bildungs- und Ausbildungsvoraussetzungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen anzupassen.

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/10986 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Bundesländern Gesetzentwürfe vorzulegen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Recht auf qualifizierte Ausbildung garantieren.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10116 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit einem Sofortprogramm die notwendigen Rahmenbedingungen und Ressourcen bereitzustellen, damit alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen vollqualifizierenden Berufsabschluss erwerben können.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10856 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe d

Ziel einer Ausbildungspolitik im Sinne sozialer Gerechtigkeit sollte es sein, allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft und ihren individuellen Bildungsvoraussetzungen gleiche Berufs- und Lebenschancen zu eröffnen. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sicherzustellen, dass entsprechend dem Ausbildungskonzept „Dual-Plus“ zusätzliche Ausbildungsplätze für benachteiligte und förderbedürftige junge Menschen in überbetrieblichen Lernorten eingerichtet werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9586 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10986;

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/10116;

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/10856;

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/9586.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden nicht erörtert.

E. Erfüllungsaufwand

Wurde nicht erörtert.

F. Weitere Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/10986 anzunehmen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/10116 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 17/10856 abzulehnen;
- d) den Antrag auf Drucksache 17/9586 abzulehnen.

Berlin, den 16. Januar 2013

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Uwe Schummer
Berichterstatter

Willi Brase
Berichterstatter

Heiner Kamp
Berichterstatter

Agnes Alpers
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Uwe Schummer, Willi Brase, Heiner Kamp, Agnes Alpers und Kai Gehring

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/10986** in seiner 198. Sitzung am 18. Oktober 2012 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/10116** in seiner 198. Sitzung am 18. Oktober 2012 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/10856** in seiner 198. Sitzung am 18. Oktober 2012 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe d

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/9586** in seiner 198. Sitzung am 18. Oktober 2012 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Von Seiten der Fraktionen der CDU/CSU und FDP wird ausgeführt, dass das deutsche Berufsbildungssystem ein wesentlicher Garant für die geringe Jugendarbeitslosigkeit und das Angebot qualifizierter Fachkräfte in Deutschland sei. Insbesondere die Duale Berufsausbildung sei im Ausland hoch angesehen. Neben der qualitativ hochwertigen Erstausbildung heben die Antragsteller die Möglichkeiten des Fortbildungssystems und die Durchlässigkeit zur akademischen Bildung hervor. Eine besondere Rolle für den Erfolg des deutschen Berufsausbildungssystems spiele das Zusammenwirken der Sozialpartner, des Bundes und der Länder.

Die demografische Entwicklung, mangelnde Ausbildungsreife eines Teils der Jugendlichen, wachsende Studiernei-

gung und der drohende Fachkräftemangel stellten das deutsche Berufsbildungssystem jedoch vor wachsende Herausforderungen. Für aus unterschiedlichen Gründen benachteiligte junge Menschen seien die Chancen auf eine betriebliche Ausbildung immer noch zu gering.

Es werde auch befürchtet, dass Bestrebungen der europäischen Kommission im Rahmen der Novellierungen der Berufsanerkennungsrichtlinie negative Auswirkungen auf das Duale Berufsausbildungssystem in Deutschland haben könnten.

Die Bundesregierung wird vor diesem Hintergrund aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und Sozialpartnern das deutsche Berufsbildungssystem mit geeigneten Programmen und Maßnahmen an die wachsenden Herausforderungen der demografischen Entwicklung, des Arbeitsmarktes sowie der Bildungs- und Ausbildungsvoraussetzungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen anzupassen.

Im Einzelnen fordern die Antragsteller unter anderem den Ausbau von Berufsorientierungs- und -einleitungsmaßnahmen, das Angebot von Beratungs- und Betreuungsangeboten für Jugendliche ohne Berufsausbildung, die Förderung der Mobilität, die Verbesserung des Angebots von Ausbildungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen, das Ausweiten ausbildungsbegleitender Hilfen für benachteiligte junge Menschen und die Ausweitung der Werbung für das deutsche Berufsausbildungsmodell im Ausland.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der SPD erklärt, dass es trotz der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland nicht gelinge, durch das Ausschöpfen aller Ausbildungspotenziale den aktuellen und zukünftigen Fachkräftebedarf zu sichern. Die Zahl der Menschen ohne Berufsabschluss unter 30 Jahren stagniere konstant bei 1,5 Millionen Menschen. Junge Frauen und Jugendliche mit Migrationshintergrund hätten nicht von der Verbesserung der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt in den Jahren 2010/2011 profitieren können. Am Ende des Ausbildungsjahres 2011 stünden 29 689 freien Ausbildungsplätzen gerade einmal 11 550 Bewerberinnen und Bewerber gegenüber.

Obwohl die Zahl der Unternehmen insgesamt angestiegen sei, sei die Zahl der Ausbildungsbetriebe auf einen historischen Tiefstand gesunken. Gleichzeitig gebe aber jeder dritte Betrieb an, dass er offene Ausbildungsplätze auf Grund mangelnder Qualifikationen, fehlender Leistungsbereitschaft, aber auch auf Grund des demografisch bedingten Bewerberrückgangs nicht besetzen könne. Die Antragsteller weisen auf Daten der Bundesagentur für Arbeit hin, nach denen aber auch 77 000 als „ausbildungsreif“ bezeichnete Jugendliche keinen Ausbildungsplatz fänden. Die Situation im sogenannten Übergangssystem habe sich entgegen den Ankündigungen von Maßnahmen der Bundesregierung nicht verbessert. Dort befänden sich noch etwa 300 000 Jugendliche und junge Erwachsene in Warteschleifen.

Die Bundesregierung werde daher aufgefordert, gemeinsam mit den Bundesländern Gesetzentwürfe zu initiieren und geeignete Einzelmaßnahmen zu ergreifen, die allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Recht auf qualifizierte Ausbildung garantieren.

Im Einzelnen solle sie, falls erforderlich auch gemeinsam mit den Ländern, für alle jungen Menschen ohne einen betrieblichen Ausbildungsplatz einen öffentlich geförderten und mit der Praxis verzahnten Ausbildungsplatz vorsehen. Durch ein Gesetz solle die Gründung von Qualifizierungsbeziehungswise Branchenfonds ermöglicht werden. Intransparenz und einer Überspezialisierung sei durch eine Gruppierung der über 300 Ausbildungsberufe entgegenzuwirken. Die Fraktion der SPD fordert ferner, geeignete Maßnahmen zur Verbesserung des Übergangsmanagements zu ergreifen, die Berufseinstiegsbegleitung zu optimieren, ausbildungsbegleitende Hilfen auszubauen und ein Konzept für die Weiterqualifizierung der rund 1,5 Millionen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss vorzulegen.

Die Länder werden aufgefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten alleinerziehenden Müttern und Vätern beim Nachholen ihres Schul- beziehungsweise Berufsabschlusses einen Kinderbetreuungsplatz zu garantieren und die Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern sowohl in den Schulcurricula als auch in den Lehreraus- und -fortbildungen zu verankern.

Zu Buchstabe c

Die Fraktion DIE LINKE. weist daraufhin, dass in der Bundesrepublik Deutschland rund 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung hätten, obwohl mehr als 80 Prozent einen Schulabschluss und über eine halbe Millionen Menschen einen Realschulabschluss oder sogar das Abitur vorweisen könnten. Besonders betroffen von der Ausbildungslosigkeit seien Jugendliche mit Migrationshintergrund und junge Menschen mit Behinderungen. Obwohl 56 Prozent aller Betriebe ausbildungsberechtigt seien, bilde nur etwa die Hälfte davon aus. Mehr als ein Drittel aller Ausbildungssuchenden befänden sich in den mit öffentlichen Mitteln finanzierten Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems ohne Garantie, danach einen qualifizierten Berufsabschluss erhalten zu können.

Die Bundesregierung solle daher aufgefordert werden, mit einem Sofortprogramm die notwendigen Rahmenbedingungen und Ressourcen bereitzustellen, damit alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen voll qualifizierenden Berufsabschluss erwerben könnten. Das Programm solle mit einer Laufzeit von drei Jahren aufgelegt und mit finanziellen Mitteln im Umfang von 1,5 Mrd. Euro ausgestattet werden.

Damit die Betriebe ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen machen könnten, schlagen die Antragsteller die solidarische Finanzierung der Berufsausbildung mittels eines Umlagesystems vor. Im Rahmen des Sofortprogramms für Ausbildung sollen insbesondere Betriebe gefördert werden,

- die Teilzeitausbildungsangebote für Menschen in Elternzeit und Betreuungssituationen machen,
- deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Ausbilder-eignungsprüfung ablegen,

- die ihr Ausbildungsangebot im Sinne der UN-Behinder-tenkonvention inklusiv ausgestalten und verstärkt Men-schen mit Migrationshintergrund ausbilden und
- die Frauen in nichtgeschlechtsstereotypischen Berufen ausbilden.

Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, das Sonderprogramm begleitend zu evaluieren. Die Fraktion DIE LINKE. empfiehlt, das Sonderprogramm durch eine Optimierung der öffentlichen Förderstrukturen für Men-schen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung zu unter-stützen. Diese betreffe unter anderem die Beratung, Vorbe-reitung und Begleitung von Menschen ohne einen Berufs-abschluss und deren finanzielle Absicherung sowie die gebührenfreie Teilnahme an allen Maßnahmen, die zu einem qualifizierten Abschluss führten.

Zu Buchstabe d

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass trotz der erfreulich niedrigen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ca. 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren keinen Berufsabschluss hätten und sich über 300 000 Jugendliche und junge Erwachsene im soge-nannten Übergangssektor zwischen allgemeinbildenden Schulen und Ausbildung befänden. Obwohl viele Ausbil-dungsplätze nicht besetzt werden könnten, hätten im Jahr 2011 etwa ein Drittel der ausbildungsinteressierten Jugen-dlichen keinen Ausbildungsplatz erhalten. Zwischen den Jah-ren 2008 und 2010 hätten trotz der wachsenden Zahl von Betrieben 24 000 Betriebe weniger als bisher Ausbildungs-plätze angeboten.

Die Antragsteller heben hervor, dass es Ziel der Ausbil-dungspolitik im Sinne sozialer Gerechtigkeit sein sollte, allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft und individuel-len Bildungsvoraussetzungen gleiche Berufs- und Lebens-chancen zu eröffnen.

Die Bundesregierung solle vor diesem Hintergrund auf-gefordert werden, sicher zu stellen, dass entsprechend dem Ausbildungskonzept DualPlus zusätzliche Ausbildungsplätze für benachteiligte und förderbedürftige junge Menschen in überbetrieblichen Lernorten eingerichtet werden. Die Aus-bildung mit vorgeschalteten Produktionsschulen, individuel-ler Förderung und einer falls notwendig längeren Ausbil-dungsdauer sollten zu einem von den Kammern anerkannten Berufsabschluss führen.

Darüber hinaus solle die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden,

- für eine flächendeckende Modularisierung aller dualen Ausbildungsberufe innerhalb des Berufsbildes zu sorgen,
- darauf hinzuwirken, dass Betriebe anerkannte betriebliche Ausbildungsbausteine anbieten könnten, ohne die Gesamtverantwortung für die gesamte Ausbildung über-nehmen zu müssen,
- besonders leistungsstarken Jugendlichen durch das An-gebot allgemeinbildender Module die Fachhochschul-reife zu ermöglichen,
- zusammen mit den Ländern dafür zu sorgen, dass die Mittel der vielen Programme und berufsvorbereitenden

Maßnahmen des sogenannten Übergangssektors in Dual-Plus integriert werden,

- sicherzustellen, dass alle förderungswürdigen Schülerinnen und Schüler an der Berufseinstiegsbegleitung teilnehmen können,
- sich dafür einzusetzen, dass Menschen mit Behinderungen die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen ermöglicht wird,
- gegenüber den Ländern und der Kultusministerkonferenz daraufhin zu wirken, die frühzeitige Berufs- und Studienorientierung sowie Berufswegplanung in den Curricula aller allgemeinbildenden Schulen zu verankern,
- durch die flächendeckende Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte die Attraktivität der dualen Ausbildung zu steigern und die Durchlässigkeit des gesamten Bildungssystems zu fördern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Haushaltsausschuss** in seiner 113. Sitzung, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** in seiner 89. Sitzung, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** in seiner 120. Sitzung sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner 80. Sitzung haben jeweils am 16. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/10986 anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 103. Sitzung am 18. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/10116 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** in seiner 89. Sitzung, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** in seiner 120. Sitzung sowie der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 84. Sitzung haben jeweils am 16. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/10116 abzulehnen.

Zu Buchstabe c

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 103. Sitzung am 18. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/10856 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 120. Sitzung am 16. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/10856 abzulehnen.

Zu Buchstabe d

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** in seiner 89. Sitzung, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** in seiner 120. Sitzung, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 84. Sitzung haben jeweils am 16. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/9586 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat zu den Anträgen auf Drucksachen 17/10116, 17/10856 sowie 17/9586 ein öffentliches Fachgespräch am 17. Oktober 2012 mit den nachfolgend aufgeführten Sachverständigen durchgeführt:

Prof. Dr. Martin Baethge,
Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser,
Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)

Dr. Günter Lambertz,
DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Jürgen Männicke,
EDUCON – Internationales Berufliches Weiterbildungsconsulting

Hermann Nehls,
DGB-Bundesvorstand, Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung

Prof. Dr. Felix Rauner,
Universität Bremen, Forschungsgruppe Berufsbildungsforschung (I:BB).

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 91. Sitzung am 16. Januar 2013 – in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung „Berufsbildungsbericht 2012“ auf Drucksache 17/9700 – empfohlen:

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/10986 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10116 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10856 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe d

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9586 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 16. Januar 2013

Uwe Schummer
Berichterstatter

Willi Brase
Berichterstatter

Heiner Kamp
Berichterstatter

Agnes Alpers
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter